

Keine Hilfe ohne Repression?

Von Helga Cremer-Schäfer

Das Bekenntnis aller Modernisierer strafrechtlicher Kontrolle lautet, aktive Sozialpolitik sei die beste Kriminalpolitik, ein stabiles soziales Klima würde der Kriminalität am wirksamsten den Boden entziehen. Das sind ideologisch nützliche Legitimationsfiguren und zugleich ein Eingeständnis, daß „Kriminalität“ auf gesellschaftliche Konflikte und Probleme verweist. Weder Anti-Terrorismus-Kampagne, noch Law-and-Order-Politik der 70er und 80er Jahre haben es geschafft, diese Figur aus dem Reden über Kriminalpolitik zu verdrängen. Der Kampf gegen die „Großstadtkriminalität“ könnte das jetzt erreichen.

Auf Junkies, Penner, jugendliche Gewalttäter, ausländische Straßenräuber richtet sich eine überhaupt nicht mehr „verschämte“, sondern offensiv legitimierte Politik der Repression. Ein gemeinsames PR-Unternehmen von Polizeiführung und Magistratsspitze demonstriert in Frankfurt am Main beispielhaft den neuen Kurs: „Sicherheitspolitik ist ein fester Bestandteil der Sozialpolitik“ und jeder „nächste Schritt der Hilfsangebote rechtfertigt die nächste Stufe der Repression“ (OB v. Schoeler).

Das Manöver würde mich nicht beunruhigen, wenn es, ohne Etikettenschwindel, die allgemein praktizierte kommunale Politik des „Kampfes gegen die Kriminalität“ auf den Begriff brächte. Es ist mehr. In den amtlichen Rechtfertigungen der Reaktion auf „kriminelle Szenen“ und die Drogenszene der Städte werden Deutungsmuster verwendet, an die Kampagnen gegen Flüchtlinge und Einwanderer problemlos anknüpfen können. Die Frankfurter Version empört mich besonders, weil der Versuch, die kommunale Drogenpolitik zu liberalisieren, benutzt wird, diese Deutungsmuster in einer Öffentlichkeit zu verbreiten, die bisher hinter Ordnungs- und Strafenpolitik zurecht Scheinlösungen vermutete.

Ein Argument der Debatte um die Drogenpolitik heißt: die offene „Fixer-Dealer-Szene“ müsse aufgelöst werden, weil die Toleranzschwelle der Bürger überschritten sei. Damit ist nicht mehr die Angst vor einem realen Schaden gemeint, vor „Straßenraub“, vor Spritzen in Sandkästen. Die polizeiliche Ordnungspolitik soll das Sicherheitsgefühl erhöhen, Bürger/innen vor dem ängstigenden Anblick von Elend und Dreck, vor belästigendem Gestank bewahren und Bedrohliches aus ihren Konsum- und Erholungsräumen fernhalten. Diese Argumente machen die Störer zum Objekt einer Phobie. Die Berufung auf „natürliche“ Abneigungen und Ablehnung des Fremden und des Bedrohlichen, Xenophobie, gehört zum Kern des Nationalismus und Rassismus. Die Objekte der Phobien und die Radikalität der Ausschlußmaßnahmen unterscheiden sich, nicht aber das Muster ihrer Rechtfertigung.

Ein anderes Argument bestimmt städtische Delinquenten nicht nur als soziale Problemfälle (fehlgeleitet und elend); es spaltet ei-

nen durch jeden sicher identifizierbaren „harten Kern“ ab, der sich „augenscheinlich“ nicht integrieren wolle oder könne. Wo Sucht, Aggressivität oder Kriminalität wie eine zweite Natur wahrgenommen werden, sind „zielgerichtete polizeiliche Repression und spürbare Sanktionen“ (Frankfurts Polizeipräsident Gemmer) logisch und normal. Die Kategorisierung der Delinquenten nach ihrer „zweiten Natur“ unterscheidet sich nur durch den Inhalt von dem nationalistischen und rassistischen Ideologem „nicht-assimilierbarer Völker und Rassen“.

Das nächste Argument verknüpft Sozialleistungen direkt mit Ausgrenzung und Separation. Eine humanere Drogenpolitik mag sich die Stadt nur für die „eigenen“ Junkies leisten. Polizeipräsenz auf der Szene und Razzien verhindern, daß zu viele Abhängige „von außen“ in die Stadt drängen und die Reform mißbrauchen. Nach dieser Logik demonstriert die polizeiliche Ordnungspolitik bis ins letzte Dorf der Peripherie, daß im Zentrum für Orts-Fremde weder Stoff noch Hilfe zu haben ist. Das parallele Argument der Anti-Asyl-Kampagne heißt: Flüchtlinge kommen ins reiche Deutschland, um „bei uns“ besser zu leben als in ihrer „Heimat“; das sei Mißbrauch des liberalen Asylgesetzes, parasitärer Gewinn aus „unserem“ verdienten Wohlstand.

Mit der kriminalpolitischen Debatte um die Auflösung störender „krimineller Szenen“ in den Großstädten signalisieren die Ordnungsmächte und politischen Autoritäten die soziale Konformität der Motive von Armuts- und Fremdenfeindlichkeit. „Konformistische Rebellen“ bestärkt das in ihrem Fremdenhaß.

Dr. Helga Cremer-Schäfer ist Soziologin und Mitherausgeberin dieser Zeitschrift



Mit der kriminalpolitischen Debatte um die Auflösung störender „krimineller Szenen“ signalisieren die Ordnungsmächte die soziale Konformität der Motive von Armuts- und Fremdenfeindlichkeit